

Frage:

Wer entschied jeweils, dass die US-Beraterfirma Computer Sciences Corporation (CSC) mit ihren deutschen Tochtergesellschaften Bundesaufträge im Rahmen der IT-Vorhaben De-Mail, nPa, ePa, Quellcodeprüfung Staatstrojaner, Nationales Waffenregister, E-Government, E-Gerichtsakte und E-Strafregister erhielt, und wie wurde jeweils sichergestellt, dass der Auftragnehmer bei der Vertragserfüllung zur Kenntnis erlangte vertrauliche Daten nicht an Dritte weiter leitet?

Antwort:

Die Aufträge wurden jeweils auf Grund von Rahmenverträgen durch die fachlich für die jeweiligen Vorhaben zuständigen Bedarfsträger (Behörden des Bundes) erteilt. Die Rahmenverträge wiederum wurden auf Grund von Vergabeverfahren nach den hierfür geltenden Rechtsvorschriften abgeschlossen. Der Umgang mit sensiblen, vertraulichen Daten ist im Rahmenvertrag geregelt.

Der Sicherstellung der Vertraulichkeit beim Einsatz externer Dienstleister dienen im Wesentlichen vier Maßnahmen:

1. Mitarbeiter der Fa. CSC, die in sicherheitsrelevanten Bereichen tätig oder mit sicherheitsrelevanten Aufgaben betraut werden, müssen sich wie auch Mitarbeiter aller anderer Firmen vor dem Einsatz Überprüfungen nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) unterziehen.
2. Firmen, welche im Rahmen ihrer Aufträge mit sicherheitsrelevanten Informationen umgehen, müssen unter der Geheimschutzbetreuung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie stehen.
3. Bestandteil der Vertragsbeziehungen sind entsprechende Nutzungs- und Übermittlungsverbote für die erlangten Informationen außerhalb des Vertragsgegenstandes.
4. Es wird für jeden Einzelfall festgelegt, ob die jeweilige Dienstleistung am Firmensitz erbracht werden kann oder aus Sicherheitsgründen die Dienstleistung nur in den Räumen des Auftraggebers und ggf. auch nur im Beisein von Mitarbeitern des Auftraggebers erbracht werden kann.

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, dass die Fa. CSC Deutschland in irgendeiner Weise gegen Sicherheits- oder Vertraulichkeitsauflagen verstoßen hat. Es bestehen insbesondere auch keine Anhaltspunkte dafür, dass CSC Deutschland als selbständige Gesellschaft vertrauliche Informationen an die amerikanische CSC weitergegeben hat, die von dort aus in andere Hände gelangt sein können.

Fragestunde im Deutschen Bundestag am 28. November 2013
Frage 28 des Abgeordneten Jan Korte

Frage

Kann die Bundesregierung den Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 20.11.2013 über die "Hauptstelle für Befragungswesen" (HBW), die dem Kanzleramt untersteht und dem Bundesnachrichtendienst (BND) zugeordnet ist, bestätigen, wonach BND, US- und britische Geheimdienste ein gemeinsames Programm betreiben, bei dem die beteiligten Dienste im Rahmen der Arbeit der HBW, in der heute jährlich 500 bis 1000 Vorgespräche und anschließend 50 bis 100 Intensivgespräche mit Flüchtlingen, darunter manche durch britische oder amerikanische Geheimdienst-Leute sogar alleine, ohne deutsche Begleiter, durchgeführt würden, und wenn ja, wie kann sie ausschließen, dass die so gewonnenen Erkenntnisse beim Einsatz von Kampfdrohnen durch das US-Militär Verwendung finden?

Antwort:

Die Hauptstelle für Befragungswesen (HBW) ist eine dem Bundesnachrichtendienst (BND) zugeordnete Dienststelle. Sie ist keine neue Einrichtung, sondern existiert bereits seit 1958. Die HBW führt Befragungen durch, um Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland zu wahren. Dies entspricht dem Auftrag des BND (§ 1 Absatz 2 des Bundesnachrichtendienstgesetzes [BNDG]), Erkenntnisse über das Ausland zu gewinnen, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung sind. Es ist das legitime Recht eines jeden souveränen Staates, Personen sicherheitlich zu befragen, die in diesem Land einen Aufenthalt begehren. Solche Befragungen, die allesamt auf freiwilliger Basis erfolgen, entsprechen auch dem Grundsatz nach § 2 Absatz 4 BNDG, wonach der BND von mehreren geeigneten Maßnahmen diejenige zu wählen hat, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Dazu gehört auch, dass die Befragungen stets unter der Legende HBW stattfinden.

Im Durchschnitt der vergangenen zwei bis drei Jahre fanden pro Jahr 500 bis 800 Vorgespräche statt. Im Ergebnis wurden im Anschluss etwa 200 bis 300 Personen befragt.

Seit dem Bestehen der HBW sind an den Befragungen alliierte Partnerdienste beteiligt. Es handelt sich dabei um ein koordiniertes Befragungssystem auf der

Grundlage des BND-Gesetzes und entsprechender bilateraler Vereinbarungen, die der BND mit dem jeweiligen Partnerdienst getroffen hat. Aufgrund des über Jahrzehnte praktizierten koordinierten Befragungssystems fanden auch Befragungen durch Befrager der alliierten Partnerdienste ohne deutsche Begleiter statt. Die alliierten Befrager unterstehen dabei fachlich dem deutschen Dienststellenleiter; d.h., solche Befragungen erfolgten unter organisatorischer und inhaltlicher Aufsicht des BND im Vor- und Nachgang.

Die Befragungsergebnisse der alliierten Befrager werden im Meldungssystem des BND erfasst und dort einer Freigabeprüfung unterzogen. Erst nach der Freigabe erfolgt die Übermittlung nach § 9 Abs. 2 BND-Gesetz an den alliierten Partnerdienst.

Die an die Partner weiterzugebenden Meldungen werden bei Bedarf bereinigt (im Hinblick auf Datenschutzgründe, Nichtweitergabe möglicher militärisch nutzbarer Daten). Es gelangen ca. 60 Prozent der im Befragungswesen erhobenen Meldungen im Weitergabeverbund an die Partnerdienste. Ein hoher Prozentsatz der Befragungen sind auf Dokumentenmeldungen zurückzuführen (z. B. von ausländischen Pässen, Urkunden usw.), die aus Datenschutzgründen nicht weitergegeben werden. Ferner können Sperrungen im nationalen Interesse oder Sperrvermerke der Auswertung Anlass bieten, von einer Weiterleitung an die Partnerdienste abzusehen.

Zielsetzung der Befragungen war und ist zu keiner Zeit die Gewinnung von Informationen zur Vorbereitung von Drohneneinsätzen. Vielmehr sollen Erkenntnisse über wirtschaftliche, politische und militärische Strukturen der Herkunftsregionen gewonnen werden, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung sind und daher dem Aufklärungsauftrag des BND Rechnung tragen. Selbstverständlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass solche Informationen auch zum militärischen Lagebild der alliierten Partnerdienste beitragen können. Diese grundsätzliche Thematik ist bereits seit längerem mehrfach hier im Parlament Gegenstand ausführlicher Diskussionen gewesen. Ich darf an dieser Stelle daher auf die Beantwortung zahlreicher parlamentarischer Anfragen und die Beratungen im Parlamentarischen Kontrollgremium verweisen, wonach die Weitergabe von GSM-Mobilfunkdaten für eine konkrete Zielerfassung nicht hinreichend präzise ist. Der Generalbundesanwalt hat auf entsprechende Strafanzeigen gegen den Präsidenten

des Bundeskriminalamtes wegen der Weitergabe von GSM-Mobilfunkdaten seinerzeit einen Anfangsverdacht verneint.

Der GBA hat das Verfahren wegen des militärischen Drohnenangriffs am 4. Oktober 2010 in Mir Ali/Pakistan, bei dem der deutsche Staatsangehörige Bünyamin E. getötet wurde, mangels eines für eine Anklageerhebung hinreichenden Verdachts für das Vorliegen einer Straftat eingestellt. Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden hat die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Vorwurfs der Beihilfe zum Mord am 27. Januar 2011 abgelehnt.

Lassen Sie mich zu guter Letzt darauf hinweisen, dass die HBW vom BND bereits seit längerem einer Effizienzkontrolle unterzogen wurde, in deren Rahmen die personelle Ausstattung der HBW schrittweise reduziert wurde und wird. Angestrebt

wird dabei die organisatorische Auflösung der HBW mit dem Ziel, die Befragungen direkt in den Krisenregionen im Ausland zu intensivieren.

Ergänzend zu den mir hier möglichen Ausführungen werde ich mit Rücksicht auf die schutzbedürftige nachrichtendienstliche Tätigkeit noch weitergehende Erläuterungen zur HBW in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zu Ihrer Einsichtnahme hinterlegen lassen.